

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 75 Pfennig
pro Quartal inkl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Sophienstraße 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserat:
pro 3spaltige Zeile 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 19

Stuttgart, den 7. Mai 1904

20. Jahrgang

Zum Verbandstag.

Aufgeregte Gemüter, hitzige Debatten in Versammlungen während der Beratung von Anträgen und Wünschen zum Verbandstag, das ist die Signatur, welche noch einige Zeit anhalten und sich zweifellos auch auf die Zeitung übertragen wird. Wehe aber den Auserwählten des Dresdener Verbandsparlaments, wenn nicht allem Gerechtigkeit wiederfährt! Auf die Gefahr hin, befürchten zu müssen, daß auf dem historisch gewordenen sächsischen „Rechts“-boden Eheurungen angeht, eine beantragte verlockende „Brautausstattung“ vorkommen könnten, rühre ich die Kriegstrommel und blase zum Kampf, bleibt mir doch beim Unterliegen immer noch Hoffnung auf Rache, und was eventuell Dresden nicht fertig bringt, so streben wir weiter ans Ziel unserer Wünsche auf dem dann später folgenden Verbandstag.

Sollen die Unterstützungsanstalten weiteren Ausbau erfahren, dann enthalten wir uns aller Schlagworte von Kampforganisation, Ideal und Solidaritätsgefühl. Nichten wir unser Sinnen auf Vorschläge, die den Worten gerecht werden: „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte!“ Kleine Änderungen, mit einem Aufwand von Doktorweisheit protegiert, die doch eine Beitragserhöhung erfordern, sind im gegenwärtigen Stadium deplaziert. Schaffen wir Einrichtungen, die auch wirkungsvoll sind. Lokaleinrichtungen aller Art sind in den Schoß des Verbandes aufzunehmen. Das bedingt nicht nur Erweiterung der Arbeitslosen-, sondern Einführung einer Krankenunterstützung, sagen wir kurz:

Einführung einer Arbeitslosenunterstützung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invaldität.

Werweife man uns nicht stets auf die Krankenkassen, streben wir nach Annetkierung der bestehenden Zentralkasse und der örtlichen Lokalkassen, lassen wir all dieses in unseren Verband aufgehen und schaffen dazu die erste Bedingung durch Einführung einer Arbeitslosenunterstützung. Die Zeiten haben sich geändert, unseren Reihen gehören eine große Zahl älterer Kollegen an, die weder ihren Wohnsitz noch Arbeitsstelle wechseln. Die Fernstehenden sollen auch noch für unseren Verband gewonnen werden. Kann hier etwas Besseres geboten werden als Krankenunterstützung? Jawohl, Sterbegeld! tönt's aus dem Hintergrund. Gewiß, Freund, das ist auch eine schöne Einrichtung. Doch ehe ich sterbe, bin ich schließlich Wochen oder Monate ans Krankenlager gefesselt, und die Not guckt zu allen Böckern heraus. Greift da das liebende Weib nicht mit dankbarem Gefühl zur Krankenunterstützung? Um mich wieder gesund zu kriegen, wird eventuell bessere ärztliche Hilfe, bessere Kost, Aufenthalt in einem Erholungsheim angewandt. Jedenfalls ist hier zutreffend: Wer rechtzeitig gibt, gibt doppelt. Hat ein Mitglied Abschied genommen, ohne daß ihm das harte Los traf krank zu sein — nun, dann soll als ausgleichende Gerechtigkeit ein Sterbegeld gezahlt werden. — Noch viel könnte zur Begründung des Antrags Schröder-Frey dienen, doch weiter zu den Unterstützungsanstalten für weibliche Mitglieder.

Die Arbeitslosenunterstützung ist für sie zur Bedeutungslosigkeit geworden. Und doch wollen wir die Arbeiterinnen weiter an uns ketten, dem fluktierenden Element den Weg zum Abtrünnigwerden versperren! Kann das durch Gewährung

einer Beihilfe zur „Brautausstattung“ geschehen? In der Stuttgarter Arbeiterinnerversammlung, die besser besucht war als die der männlichen Mitglieder, sagte Kollegin Naß: „Ein Mädchen, das auf eine Unterstützung zur Brautausstattung wartet, um sich vom Verband ein Bett zu kaufen, soll das Heiraten bleiben lassen.“ Sehr richtig! Nicht ein Mitglied wird dadurch gefesselt, außer die Hochzeit ist schon festgesetzt. Ob aber nach bezogener Unterstützung zur Brautausstattung noch treue Mitgliedschaft bewahrt bleibt, ist ein ander Ding. Der Antrag der Stuttgarter Arbeiterinnen ist richtig und durchführbar. Nicht bei unbedeutenden Krankheiten von einigen Tagen soll Krankenunterstützung eintreten, sondern erst mit dem ersten Tage nach 52wöchiger Beitragszahlung und bei Erhöhung des Beitrags für weibliche Mitglieder auf 25 Pf. wöchentlich. Unter diesen Bestimmungen kann die Einführung riskiert werden, mögen alle Arbeiterinnen den Stuttgarter Antrag nachhaltig unterstützen.

Unsere Schwarzfünftler, voran Verbandskassierer Hauelsen, malen gegen solche Vorschläge alle Farben — nun, Hauelsen mißt sich kein Kassierer sein; und die Trabanten können sich schlecht trennen vom trockenen Zahlenmaterial und dagesessenen Statistiken, vergessen aber dabei die Statistik der Zukunft und die Wirkung derartiger Beschlüsse, das gänzlich veränderte Bild derselben; Schätzen kann auch hier fehlen.

Die Anträge der Zahlstelle Stuttgart und dieselben von einzelnen Mitgliedern geben schon ein ergötzliches Bild der Meinungen. Kommt der Verbandstag zu einer Beitragserhöhung überhaupt, gleichviel unter welchen Umständen, dann ist leider ein Staffelleibtrag unausbleiblich, möge er dann aber nur für männliche Mitglieder in zwei Stufen eintreten und die zweite Stufe den weiblichen Mitgliedern gleichgestellt werden; die Rechte sind natürlich den Pflichten anzupassen.

Um keinen Bandwurm zu erzeugen, muß ich weiter gehen

Zur Gehaltsfrage.

Die vom Stuttgarter Gewerkschaftskongress aufgestellte Gehaltskala für Gewerkschaftsbeamte ist für uns zurzeit nicht akzeptabel. Die Erhöhung des Gehaltes für den Redakteur und für den Kassierer auf je 2000 Mk., die des Verbandsvorsitzenden auf 2200 Mk. bei Verlegung des Verbandsstübes ist kein schlechtes Angebot. Bei Belassung des Sitzes in Stuttgart könnte ich einer Gehaltserhöhung für den Verbandsvorsitzenden auf 2200 Mk. nicht das Wort reden.

Nun zum letzten Antrag, der mir jedenfalls neue Freundschaftsbeziehungen am Orte einträgt, und zwar

Die Verlegung des Verbandsvorstandes nach Berlin und des Ausschusses nach Leipzig.

Auch hier muß etwas Ganzes geschehen, wenn überhaupt der Frage näher getreten wird. Die „Tätigkeit“ des Tarifamtes hat mir den Magen verborgen und den Verbandsvorstand möchte ich nicht verbummeln lassen, sondern dort anständig wünschen, wo die Generalkommission und die Mehrzahl der Zentralverbände ihren Sitz bereits haben. Das Agieren der Unternehmerorganisationen, Aussperrungen und sonstige Gewaltakte der Gegner erheischen in Zukunft mehr plötzliche Aktionen der gesamten organisierten Arbeiterschaft. Welch emi-

nennter Vorteil zur Einheit liegt dann in der gegenseitigen Aussprache der Gewerkschaftsleitungen. Besprechungen der Generalkommission mit den Zentralvorständen müßten in gewissen Zeitabschnitten stattfinden, das kann dann ohne materielle Kosten sehr leicht bewerkstelligt werden. Die Nützlichkeit eines derartigen Zusammenwirkens liegt klar auf der Hand, wir sollten deshalb nicht dabei zurückstehen. Denken wir weiter an die Abhaltung von Tariffestungen, Gauvertreterkonferenzen usw. Ist es nicht umständlich, kostspielig und zeitraubend, wenn dann erst der Verbandsvorstand drei Mann hoch nach der Zentrale unseres Gewerbes gondeln muß? Der Verbandsvorstand in Berlin, der Ausschuss in Leipzig, das ermöglicht auch zwischen diesen wichtigen Instanzen leichter Hand Besprechungen und Verständigungen zum Nutzen der Organisation. Die Berliner haben durch ihre Tätigkeit in den letzten zehn Jahren das Vertrauen überall erworben, daß die Verbandsleitung dort eine gute Stätte findet, deshalb machen wir ohne langes Besinnen diesen Schritt. Gewiß kann eingewendet werden — und auch hier soll es nicht vergessen werden —: Ist unserm Verbandsvorsitzenden ein derartiger Wechsel angenehm und zumuteten, nachdem derselbe die vielen Jahre seine Kraft der Organisation gewidmet, an dem Orte Stuttgart mit ganzem Herzen hängt und nun auch all diese gesellschaftlichen Beziehungen aufgeben muß? Wollen wir das Gefühl und etwas Sentimentalität sprechen lassen, dann müssen wir allerdings auf diesen Schritt verzichten und werden nie zu einer Verlegung kommen. Dietrich steht noch in den besten Jahren und ist noch kein altes Eisen, so daß ein derartiger Schritt für eine Kampfnatur leicht ist, zumal unsere Berliner doch auch ganz nette Leute sind und die Annehmlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens denen von Stuttgart nicht nachstehen dürften. Neben liebgewordenen Beziehungen werden doch auch Unannehmlichkeiten hinterlassen, eines wiegt das andere auf, und wer weiß, ob eines schönen Tages vom Verbandsvorstand in Berlin nicht eine schärfere Brise das Verbandsleben durchweht als gerade von Stuttgart aus. Dietrich wollte gewiß stets das Gute für den Verband und so muß er auch selbst zur Überzeugung gelangen, daß die Verlegung keinen Schaden bringt, sondern nur nützlich sein kann. Für Redakteur und Kassierer brauche ich nicht Worte zu verlieren, wenn der Verbandstag sie wieder beruft, dann ist es ihre Pflicht, weiter zu dienen, ganz gleich ob am Nesenbach oder an der Spree. K. F.

* * *

Zum Antrag betreffend Überzeitarbeit.

Zu meinem diesbezüglich gestellten Antrag erlaube ich mir das Folgende auszuführen.

Über diese Frage ist im Verhältnis zu dem Umfang, den der Anflug der Überzeitarbeit im gewerblichen Leben einnimmt, viel zu wenig geschrieben und gesprochen worden. Deshalb nehme ich die Gelegenheit wahr, jetzt zum Verbandstag Stellung dazu zu nehmen. Vielleicht daß dieser sich dazu berufen fühlt, einschneidende Maßnahmen dagegen zu treffen, welche geeignet sind, die Überzeitarbeit auf das Äußerste zu beschränken, wenigstens bei der organisierten Kollegenschaft.

Bis jetzt ist wenig dagegen getan; im Tarif und in den lokalen Bestimmungen heißt es freilich vielfach: Überzeit- und Sonntagsarbeit ist möglichst

zu vermeiden. Aber damit kommen wir nicht weit. Die arbeitswütigen Kollegen machen nach wie vor Überstunden, am liebsten jahraus jahrein, bis sie zusammenbrechen. Und die anderen können sich im Chausseegraben sonnen und von der Verbandsunterstützung leben. Kommt es doch vor, daß Kollegen, die auf ihrer Werkstätte nicht das „Glück“ haben Überzeit zu leisten, noch nach Feierabend ihre Kraft anderen Meistern zuwenden und da noch bis in die späte Nacht hinein pfeifen. Fast scheint es, als wenn für solche Kollegen die verkürzte Arbeitszeit nur dazu da ist, um mehr in Überzeitarbeit machen zu können.

Wenn wir bei unseren Lohnbewegungen für die Überzeit einen höheren Prozentsatz fordern, so geschieht das in erster Linie darum, um die Prinzipalität zu zwingen, die Überzeitarbeit einzuschränken und Aushilfskräfte dafür einzustellen. Erst in zweiter Linie soll dadurch den Kollegen ihr Recht auf den Mehrwert ihrer Arbeit werden. Gewiß zahlen viele Chefs lieber ihren eingeschuldeten Leuten den durch den Prozentsatz erhöhten Überstundenlohn als einen Lohn für Aushilfskräfte. Aber soll uns das abhalten, noch ferner müßig zu stehen, wie ein Teil sich bis spät in die Nacht abrackert und der andere Teil, die Arbeitslosen, sozusagen vor Hunger nicht in Schlaf kommen können? Vielleicht spielt da auch der Gedanke eine Rolle mit, der mir vor einiger Zeit in der „Buchb.-Ztg.“ begegnete, nämlich: daß es Kollegen gibt, die sich scheuen könnten, beim Prinzipal auf Aushilfe zu bringen, weil sie fürchten, diese könnte sie benachteiligen oder gar verdrängen. Eine solche Auffassung der Dinge richtet sich selbst. Eben weil diese Kollegen keine Solidarität üben, erwarten sie es von anderen auch nicht. Würden diese Kollegen dafür sorgen, daß sie organisierte Kollegen als Aushilfe erhalten, so bräuchten sie derlei Sachen nicht zu befürchten. Denn ein Organisierter, der Solidarität übt, wird stets so viel Pflichtgefühl haben, ein solches Anerbieten, auf Kosten des länger im Geschäft Tätigen sich eine Stellung zu verschaffen, ablehnen.

Worin besteht denn der Nutzen des Überzeitarbeiters für die Betroffenen? Einzig und allein darin, daß sie in dieser Zeit — aber nur in dieser! — nicht jeden Nickel erst ein paarmal umdrehen müssen, ehe sie ihn ausgeben. Und deshalb müssen andere Existenzen brotlos bleiben, müssen verheiratete Kollegen und Kolleginnen hungern und darben? Selbst wenn die Arbeitslosen noch Unterstützung vom Verband beziehen, so müssen sie sich doch noch Entbehrungen aller Art auferlegen. Auch für die Überzeitarbeitenden bleibt ihr Bielarbeiten nicht ohne Folgen. Ist doch auf dem kürzlich in Berlin stattgefundenen Heimarbeiterkongress zur Evidenz die Schädlichkeit der übermäßig lang ausgehnten Arbeitszeit nachgewiesen worden; die Folgen sind Krankheit und frühzeitiges Siechtum. Regt sich denn nie das Gewissen bei diesen Kollegen? Bei einzelnen schon, aber nur zu bald wird daselbe durch den klingenden Judaslohn betäubt. Viele dagegen sind sich doch der Gewissenlosigkeit überhaupt nicht mehr bewußt, sondern renomnieren mit ihren Leistungen in Überstunden noch.

Auch die Organisation leidet unter dieser Überzeitarbeit erheblich Schaden. Durch NichtEinstellung von Aushilfskräften bleiben diese arbeitslos und der Verband geht somit nicht nur der Beiträge verlustig, sondern wird auch noch durch die diesen Arbeitslosen zu gewährenden Unterstützung mehr belastet. Und gar erst, wenn eine Kranken- und Invalidenunterstützung bei uns eingeführt würde, da könnten diese Kollegen noch eine Prämie für ihr unsolidarisches Handeln erhalten! Auch das Verbandsleben wird dadurch schwer geschädigt. Wer zu seiner neunstündigen Arbeitszeit noch die halbe Nacht und den Sonntag auch noch opfert, dem fehlt selbstverständlich an Versammlungstagen die Lust und das Interesse, sich mit daran zu beteiligen. Auf dieses Konto ist auch die Laubheit, die für das Verbandsleben in unseren Reihen vielfach noch herrscht, zu setzen.

Dem Prinzipal bleibt es schließlich in pekuniärer Hinsicht gleich, ob er für Überzeit oder Aushilfe zahlt, aber den Kollegen ist mit der Überzeitarbeit eine Verführung zum unkollegialen Handeln gegeben. Hier muß unbedingt ein Gegengewicht geschaffen werden. Aber wie? Das ist nicht so leicht zu sagen, zumal man keine zuverlässigen Zahlen für den

Umfang der Überzeitarbeit hat. Da wäre es zunächst wünschenswert, daß sämtliche Zahlstellen die geleistete Überzeitarbeit fortlaufend statistisch feststellen und das Material nach gewissen Perioden veröffentlichen. Stuttgart ist hier vorangegangen. Die Resultate sind in Nr. 19 (1902) und den Nrn. 7 und 49 (1903) mitgeteilt. Wie dabei bemerkt wird, sind die Angaben äußerst lückenhaft und man wird nicht fehlgehen, das tatsächlich Geleistete auf das Doppelte zu schätzen. Und doch sind das alles Zahlen, welche in Zeiten schlechtester Geschäftskonjunktur festgestellt worden sind. Naturgemäß schiebt sich der größte Teil der Überzeitarbeit auf das letzte Quartal zusammen. Und wie in Stuttgart, so wird's in anderen Zahlstellen auch sein, auch dort geht uns auf solche Art die Munition, die wir so notwendig brauchen, verloren.

Es ist deshalb sehr wichtig, wenn bei Lohnbewegungen usw. gleichzeitig mit den übrigen Forderungen dahin gewirkt wird, daß für die Zukunft die Überzeitarbeit auf das äußerste Minimum beschränkt wird. Eine derartige Forderung erleichtert uns, wenn sie durchgedrückt wird, die Bekämpfung ungemein.

Eine Bekämpfung der Überzeitarbeit erzieht zur Solidarität. Die Verkürzung der Arbeitszeit, selbstredend in Verbindung mit genügender Entlohnung, hat doch lediglich den Zweck, den Arbeiter von der Stufe des Arbeitstieres auf die des wirklichen Menschen zu heben, ihm auch Freude am Dasein zu schaffen und auch ein Familienleben möglich zu machen. Die Verkürzung der Arbeitszeit hat ferner den Zweck, die durch Einführung von Maschinen und technischen Hilfsmitteln überflüssig gewordenen Kräfte wieder einzuschalten, den arbeitslosen Kollegen Arbeit und Verdienst zu verschaffen. Aber alle diese schönen Eigenschaften werden durch die Überzeitarbeit wieder aufgehoben. Möge der Verbandstag dieser Frage ernstlich näher treten und die geeigneten Mittel zur Durchführung bringen.

Eingelmitglied vom Gau 17.

Unsere Tarifbewegung wie sie ist und wie sein sollte.

Wollte man der sich mehr und mehr einbürgern den Gepflogenheit, jede Lohnvereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern als „Tarifgemeinschaft“ zu bezeichnen, anschließen, so könnte man auch in unserem Gewerbe sehr früh ein solche konstatieren. Denn schon im Anfang der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts traten derartige Bestrebungen auf und fanden in dem Leipziger Tarif von 1873 ihren sprechendsten Ausdruck. Dieser, in der Produktiv-Genossenschaft deutscher Buchdrucker in Leipzig gedruckte Tarif präsentiert sich uns noch auf dem bescheidenen Raume von 8 Oktavseiten. Frauenarbeit fand in ihm keine Berücksichtigung — selbst Falzen war noch für Männer berechnet mit:

| | 3 Bogen | 8° gr. | 8° | 4° | 50:10 |
|---------------------------|---------|--------|-----|-----|-------|
| 1000 Bogen für Broschüren | 60 | 75 | 100 | 125 | 150 |
| 1000 „ „ „ Einbände | 75 | 100 | 125 | 175 | — |

und der Minimalstundenlohn war pro Stunde auf 3 Groschen festgesetzt, während Überzeitarbeit und Sonntags-Arbeit mit 33 1/3 Prozent des Stundenlohnes extra bezahlt werden sollte. Daß dieser Tarif, trotz des Sieges der Gehilfen, nicht lange Geltung gehabt hat, ist bei den außerordentlich niedrigen Löhnen von 15 Pf. pro Stunde an, die vorher gang und gäbe waren, und der Schwäche der Organisation, begreiflich.

Weiß ich doch aus persönlicher Erfahrung, daß in den Jahren 1884/85 die Welfirma F. A. Brodhaus in Leipzig ihren Gehilfen 23 und 24 Pf. Anfangslohn zahlte und derjenige sich schon zu den Arbeiteraristokraten zählen konnte, der nach jahrelanger Tätigkeit 27 oder gar 30 Pf. pro Stunde erobert hatte. Von einer allgemeinen oder auch nur mehrere Städte umfassenden Tarifbewegung war weder 1873 noch 1885 oder 1887 die Rede, weil die Voraussetzung fehlte: Stückarbeit als herrschende oder doch ins Gewicht fallende Entlohnungsmethode.

Sobald aber diese Voraussetzung vorhanden war, sobald sich die Stückarbeit immer weitere Gebiete eroberte, mußte auch eine, ihren Namen wirklich verdienende Tarifbewegung einsetzen, sofern

nicht die Arbeiterschaft in völliger ökonomischer Unwissenheit versunken war.

Erst das Jahr 1896 brachte eine wirkliche Tarifbewegung und die Anfänge zu einer allgemeinen Tarifgemeinschaft. Es ist erklärlich aus den gegebenen Verhältnissen, daß der Anstoß zu einer allgemeinen Tarifgemeinschaft auch 1896/97 wieder von Leipzig ausging, und nicht nur von den dortigen Gehilfen, sondern auch den Prinzipalen. Es wäre nun aber durchaus verkehrt, aus diesem gemeinsamen Verlangen nach einer Tarifgemeinschaft den Schluß zu ziehen, beide gegnerischen Parteien würden hierzu aus gleichen Beweggründen überall getrieben. Sondern die Sache verhält sich wesentlich anders und es wird auch für unser praktisches Arbeiten gut sein, wenn wir uns die Verschiedenheit der beiderseitigen Motive einmal vor Augen führen. Bei allen Arbeitern, die nur einigermaßen zum Verständnis ihrer Klassenlage gekommen sind, muß sich die Überzeugung von der Notwendigkeit eines allgemeinen Tarifs früher oder später durchdringen. Nie und nirgends wird ein unter Mitwirkung kampfesfroher Arbeiter zustande gekommener Tarif die Interessen der Arbeiterschaft zu schädigen vermögen — immer natürlich in der Voraussetzung, daß ein solcher Tarif ihr nicht von einem übermächtigen Unternehmertum aufgezwungen worden ist. In Memel wie in Konstanz, in Breslau wie in Hamburg kann niemals die Kollegenchaft durch möglichst hohe Tarifsätze in anderen Städten oder im eigenen Orte geschädigt werden; im weitesten Sinne herrscht innerhalb der Arbeiterschaft diesbezüglich Interessensharmonie, es sei denn, man wolle mit seiner eigenen Arbeitskraft durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit Raubbau treiben.

Wesentlich anders liegen die Verhältnisse bei den Unternehmern. Von einer Interessensharmonie auf Grundlage einer Tarifgemeinschaft kann nur dann die Rede sein, wenn ziemlich gleiche Produktionsbedingungen vorhanden sind, das heißt wenn Umfang und Technik der Betriebe möglichst Gleichmächtigkeit aufweisen. Daher auch die bekannte Tatsache, daß die Hauptstädte der eigentlichen Buchbinderei die — trotz aller Durchbrechungen — tariftreueste Prinzipalität aufweisen, soweit wenigstens die großen und größeren Betriebe in Betracht kommen, während die kleineren und kleinsten auch selbst in diesen Städten stets auf die Tarifstreue pfeifen, sobald ihnen die harte Faust der Arbeiterorganisation nicht mehr fest im Nacken sitzt.

Wir geben zwar gerne zu, daß es im wohlverstandenen Interesse der großen Betriebe der Tarifstädte liegen müßte, den mit ihnen vereinbarten Tarif auf das ganze Reich auszudehnen, ja mit ihm die Reichsgrenzen zu überschreiten, um die Herde der Schmutzkonkurrenz überall unschädlich zu machen. Wir wissen ja auch sehr wohl die Tatsache zu würdigen, daß die Prinzipale mehr als einmal ihre heiße Liebe für den Tarif und seine Ausbreitung sogar schriftlich zum Ausdruck gebracht haben und energisches Handeln zur Verwirklichung dieses Zieles verlangten — von den Arbeitern, aber beileibe nicht von ihren eignen Kollegen und dem Verband der Buchbindereibesitzer! Im Herzen hat diese Tarifstreue noch niemals ihren Sitz gehabt, ja sie hat kaum im kaltberechnenden Verstand tiefe Wurzeln geschlagen, denn sonst wäre das tönende Erz schöner Worte schon längst in kursfähige Münze umgegossen. Die „bessere Einsicht“ in jenen Kreisen ist lediglich mit der inneren und äußeren Kraft des Deutschen Buchbinderverbandes gewachsen. Haben wir es hier also mit sehr zweifelhaften Freunden unserer Tarifbewegung zu tun, die unter Umständen ins Fäustchen lachen würden, wenn der Verband sich weit hinten in der Provinz bei Tariffämpfern blutige Schlappen holen würde, so liegen die Verhältnisse selbstverständlich in der Provinz — um diesen etwas schiefen, aber gebräuchlichen Ausdruck beizubehalten — noch viel schlimmer. Von tariftreuen Prinzipalen kann hier um so weniger die Rede sein, als der Tarif sich leider bisher nur fast auf drei Städte beschränkt, die überdies den Provinzprinzipalen die schärfste Konkurrenz machen. Einerseits wünscht man wohl in diesen Kreisen den tarifstättischen Prinzipalen eine recht „begehrliche“ Arbeiterschaft, die die Überlegenheit der technischen Vollkommenheit in etwas wieder ausgleicht, andererseits fürchtet man aber wieder das Überpringen der „Begehrlichkeit“ auf die eigenen Arbeiterschichten,

die dadurch zu Mehrforderungen getrieben werden oder den Staub der patriarchalischen Werkstufen von ihren Füßen schütteln könnten. Mit Händen und Füßen wird man sich daher gegen alle Nivelierungsbestrebungen der Arbeiterschaft zu wehren suchen, die eine Gleichstellung mit den Tarifstädten bezwecken würden. „Feinde ringsum!“ heißt es für uns daher, und wir hielten es für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen gegenüber den allzu sanguinischen Hoffnungen auf den Durchbruch der „besseren Einsicht“ in Prinzipalstreifen. Man kann die gezeichnete Situation in die folgenden mathematische Formel zusammenfassen: „Der Fortschritt der Tarifgemeinschaft ist gleich dem Fortschritt des Buchbinderverbandes.“

Unleugbar hat nun unser Verband erfreuliche, ja ganz gewaltige Fortschritte innerhalb der letzten acht Jahre gemacht, und wir möchten behaupten, daß damit die Tarifgemeinschaft nicht gleichen Schritt gehalten hat. Und an dieser zweiten, betrübenden Tatsache tragen wir einen namhaften Teil der Schuld selbst. Uns scheint das Leitmotiv unserer Tarifbewegung nicht mehr so festzustehen oder so weitergebildet zu sein, wie es früher in damals möglichem Umfange vorangestellt wurde. Die ganze Tarifbewegung umschlingt kein zur Einheitlichkeit ungestüm drängendes Band, sondern sie hat sich in zahlreiche Einzelkämpfe, ohne festen, inneren Zusammenhang, aufgelöst. Im Jahre 1889 mochte es eine Utopie sein, wenn der Verbandstag in Hannover mit einem Verbandsvermögen von 9180,19 Mt. in der Hauptkasse eine Verkürzung der Arbeitszeit in ganz Deutschland anzustreben resolvierte, immerhin steckte in diesem kühnen Beschluß der gesunde Kern, daß die Durchführung einer solchen Forderung nur auf möglichst breiter Basis zu erreichen sei. Die Bewegungen von 1885, 1887 und 1896 beruhten auf demselben Prinzip, wengleich hier mehr die Grenzen praktischer Möglichkeit berücksichtigt wurden. Der Berliner Verbandstag im Jahre 1900 sprach sich in unzweideutiger Weise für die Ausbreitung des Tarifs in ganz Deutschland aus, indem er in einer diesbezüglichen Resolution folgende Forderungen den deutschen Kollegen empfahl: 1. Festsetzung einer Maximalarbeitszeit. 2. Festsetzung eines Minimallohns. 3. Besserbezahlung für Überzeitarbeit. 4. Daß Stückerarbeiten nicht unter den von Berlin, Leipzig und Stuttgart festgesetzten Preisen angefertigt werden dürfen.

Zur Durchführung dieser Forderungen bestimmte der Verbandstag: „Die Delegierten zum Verbandstag verpflichten sich, in ihren Wahlbezirken bezw. bei den bezüglichen Zahlstellen dahin zu wirken, daß unverzüglich Erhebungen angestellt werden darüber: 1. Inwieweit ist die Entlohnung nach Stückpreisen eingeführt? 2. Wird bei Stückerarbeiten die Berechnung nach Leipziger Tarif angewendet, oder wird über oder unter denselben bezahlt? 3. Welche Mittel hält man für geeignet, um die Einführung eines allgemeinen Tarifs zu verwirklichen?“

Als Zentralstelle für Tarifangelegenheiten wurde die Tarifkommission in Leipzig gewählt und in einer vertraulichen Besprechung der Delegierten wurde folgendes resolviert: „Die einzelnen tariflichen Bestimmungen sind möglichst gleichmäßig für die verschiedenen in Betracht kommenden Städte zu regeln durch Austausch mit und durch die Zentralstelle für Tarifangelegenheiten in Leipzig, eventuell durch eine später einzuberufende Tarifkonferenz.“ Wir haben diese Auszüge hier deswegen wieder gegeben, weil sie nach unserer Ansicht noch jetzt die Grundlage für unser Aktionsprogramm abgeben dürften. Nur mit dem Unterschied, daß dies Aktionsprogramm im einzelnen ganz besonders auf die Verhältnisse der „Provinz“ zugeschnitten werden müßte. (Schluß folgt.)

Das Marmorieren

von seinen Anfängen bis zur Gegenwart.

V.

Der gebräuchlichste, viel in Anwendung kommende Schnitt ist der

Schmaladermarmor.

Seine Herstellung geschieht folgendermaßen: Man sprengt auf wie bei Türkischmarmor, gibt aber der

letzten Farbe noch einige Tropfen Steinöl zu. Dann nimmt man einen etwas großen Reisstrohpinsel, rührt die Farbe um, schlägt den Pinsel aus und macht beim Aufsprengen mit Hilfe eines kräftigen, kurzen Stabes, auf welchen man schlägt, einige kräftige Schläge, um so die Farben in enge Adern zu treiben. Darauf taucht man wieder ein, läßt aber mehr Farbe in dem Pinsel und sprengt nochmals auf, dies bildet dann die Ringe in den Farbetropfen.

Schöner und feiner wird dieser Marmor, wenn man der Farbe noch etwas von der Seifenlösung zusetzt, es ist dann aber schwieriger, das Muster gleichmäßig herzustellen, weil die Seife fortwährend treibt, man muß dabei genau den Moment des Eintauchens beobachten, um gleichmäßige Muster zu erzielen, wie es das nachstehende ist.



Der schwierigste in der Herstellung von allen Mustern ist der

französische Marmor.

Der schwierigste? wird mancher erstaunt fragen. Nun ja, das ist er. Man sehe sich nur die Uberschnitte an, wie sie oft aussehen. Er ist rasch herzustellen, erfordert aber eine große Übung. So manchem, der nicht im großen Betrieb arbeitet und sich dort nicht eine gewisse Fertigkeit im Marmorieren aneignet, sonst aber ein ausgezeichnetes Marmorieren sein kann, will dieser Schnitt trotz aller Mühe nicht gelingen. Hergestellt wird er meist mit den Farben rot, blau Indigo und Florentiner Laç. Daher sein Name: französischer Marmor, von den französischen Nationalfarben blau, weiß, rot.

Der Grund zur Herstellung des französischen Marmors wird bedeutend verdünnt, damit sich die Farben gut ausbreiten können, dann sprengt

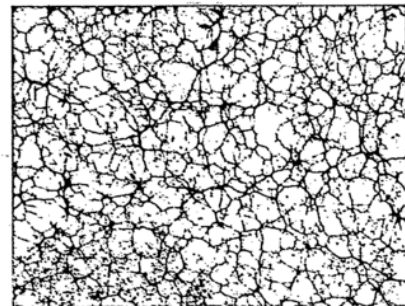


man mit dem Haarpinsel blau auf, Tropfen an Tropfen, hierauf mit dem Reisstrohpinsel in kleinen Tropfen rot.



Aus einer Schüssel, die ungefähr zu gleichen Teilen Galle und Seifenlösung enthält, sprengt man

nun davon, nachdem man den großen Pinsel ausgeschlagen hat, mit einem einzigen kräftigen Schläge auf. Mehrere Schläge zerreißen die Adern, wodurch ein feines Netz entsteht, wie nachstehende Abbildung zeigt. Will man die Adern weit haben,

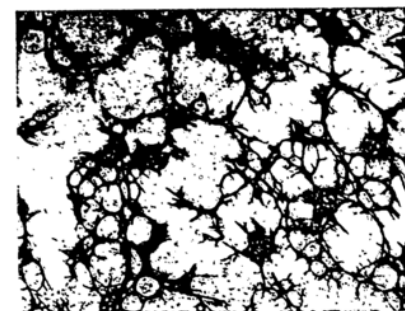


so schlage man leicht und mehr am hinteren Ende des Pinsels auf, will man sie eng haben, mehr am vorderen. Das ist nicht leicht und erfordert viel Übung.

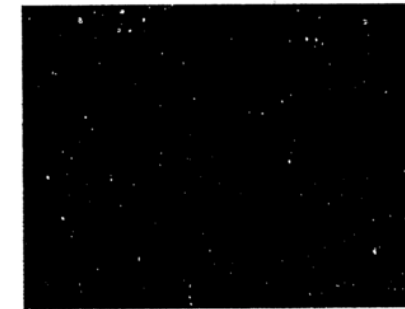
Darin liegt die Schwierigkeit in der Herstellung des Musters; alle anderen Verfahren, wie mit Gitter und Bürste, sowie Zerkräuber bewähren sich nicht.

Überzug und Vorsatz

werden jetzt zu manchen, besonders guten Bänden vom Buchbinder selbst hergestellt, wenn man dem Kunden etwas ganz Besonderes bieten will. Hier ist der Phantasie des Marmorierers ein weites Spielraum gelassen, die gute, geschmackvolle, manchmal auch schlechte, im höchsten Grade unkünstlerische Muster zutage fördert. Im nachfolgenden werde ich daher mich darauf beschränken, einige kleine Anweisungen zu geben, mit welchen etwas Eigenartiges in der Zeichnung des Musters beim Marmorieren zu machen ist. Gibt man zum Beispiel einer beliebigen Farbe etwas Mannwasser, sprengt dann mit einem Haarpinsel auf dünnen Grund auf und treibt darauf die Farben mit dem Schlagpinsel, wie beim französischen Marmor, auseinander, so entstehen prächtige Zweige, welche besonders, wenn das Papier farbig ist, eine gute Wirkung haben.



Ferner kann man auch auf bestimmten Stellen Figuren anbringen, indem man auf einem gezogenen Marmor mit einem Hölzchen Farbetropfen anbringt, zum Beispiel blau, diese werden in der Mitte mit einem roten Tupfen versehen und diese



Tropfen dann an vier Seiten mit einer Nadel eingezogen.

Eine Kleeblattartige Form entsteht, wenn man grün tupft, dahinein noch einmal dieselbe Farbe und dann diese Tupfen an drei Seiten einzieht.



Will man etwas Größeres darstellen, so kann man sich auf einen Pappstreifen mehrere Hölzchen leimen, diese taucht man ein und kann damit zugleich eine Reihe von Tropfen anbringen, etwa schwarz auf rosafarbig gezogetem Grunde. Diese Tropfen durchzieht man in geschweifter Richtung mit dem Zugstift, oben bildet man eine Blume, indem man dreimal schwarze Tupfen aufsprengt, in die Mitte einen dunkelroten Tupfen und diesen an vier Seiten einzieht.



Noch schöner nimmt sich diese Form aus, wenn man die auf der Pappe befestigten Hölzchen vier- bis fünfmal auf dieselbe Stelle (selbstverständlich nachdem man sie vorher in die Farbe getaucht hat) tupft.



Distelartig kann man dieses Muster gestalten, wenn man die runden Teile mit einer Nadel nach außen zieht, ebenso die obere Blume.



Das wären so einige Beispiele von Phantasie-marmor.

Wer nun dabei zeichnerisches Talent mit der nötigen Phantasie verbindet, wird auf ähnliche Muster verfallen.

Internationales.

Von der Aussperrung in Dänemark liegen weitere Nachrichten nicht vor, sicher ist der Stand der Sache noch der alte. Da die dänische Organisation durch diese Aussperrung finanziell stark in Anspruch genommen ist, so hat unser Verbandsvorstand den Dänen bereits eine Unterstützung von 1000 Mk. zugesandt.

Im Einverständnis mit unserem Verbandsvorstand richten wir an alle unsere Kollegen und an alle Zahlstellen das Ersuchen, unsere dänischen Kollegen in ihrem schweren Kampfe finanziell zu unterstützen, Gelder für sie zu sammeln, diese aber nicht nach Dänemark direkt, sondern an unseren Verbandsvorstand zu senden, der sie dann der dänischen Organisation übermitteln wird. Um eine Beschleunigung der Sammlungen wird gebeten, denn hier gilt mehr denn je das Wort: Wer schnell gibt, gibt doppelt!

Ein Kongress des Verbandes der italienischen Bucharbeiter soll in nächster Zeit in Rom tagen. Die Organisation besteht aus lokalen Sektionen, die entweder die Arbeiter eines bestimmten graphischen Berufs oder auch verschiedene Arten zahlreicher Arbeiter umschließen. Das Organ des Verbandes, „Le Arti grafiche“, erscheint 14tägig, Donnerstags. Die wenig erfreuliche Entwicklung des Verbandes ließ dem Zentralkomitee die Einberufung eines Kongresses dringend nötig erscheinen. Da jedoch ein Teil der Mitglieder Widerspruch gegen den Vorschlag erhob, wurde die Frage durch Urabstimmung entschieden. Die Auffassung des Zentralkomitees wird nicht bloß durch den Ausfall derselben bestätigt, sondern durch eine Tatsache, welche eine verhängnisvolle Gleichgültigkeit der Verbandsmitglieder gegenüber der Entwicklung ihrer Organisation bekundet. Der Schlußtermin der Urabstimmung mußte mehrmals hinausgeschoben werden, weil eine allzu kleine Anzahl der Verbandssektionen sich an ihr beteiligte hatte. Auch die Zahl der Abstimmenden in den Sektionen ist von Anfang bis zu Ende gering geblieben. Von 7365 Mitgliedern von 37 Sektionen haben nur 2095 an der Abstimmung teilgenommen, von denen 1759 für, 287 gegen das Stattfinden des Kongresses sich erklärten (die übrigen abgegebenen Stimmen waren nichtig). Die Abstimmung entschied gleichzeitig über den Ort des Kongresses, dessen Tagesordnung noch nicht festgestellt ist. Nach den Einsendungen in Verbandsorganen zu schließen, dürfte sich der Kongress sowohl mit Fragen der Organisation und Agitation zu beschäftigen haben, wie mit der Stellungnahme zu verschiedenen Arbeiterschutzesachen, die der italienischen Kammer zum Teil schon als Entwurf vorliegen oder aber bei ihr eingereicht werden sollen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen über Materien ersterer Natur wird vermutlich die Schaffung einer Verbandsklasse stehen, beziehungsweise deren Speisung durch regelmäßige Beiträge.

Die Berichte der lokalen Sektionen, welche im Verbandsorgan veröffentlicht sind, konstatieren vielfach unerquickliche Verhältnisse: Auflösung von Sektionen, Verlust von Mitgliedern, schlechten Versammlungsbefuch, mangelnde Agitation und erloschenes Interesse an der Verbandsarbeit, schlechte Kassenverhältnisse usw. Hoffentlich wird es dem bevorstehenden Kongress gelingen, einen Umschwung zum Besseren in der Entwicklung des Verbandes herbeizuführen.

Korrespondenzen.

Die Firmen J. F. Diesel und A. Blohorn in Offenbach a. M. sind gesperrt.

Über die Firma Sailer in Dessau ist die Sperre aufgehoben.

Stuttgart. Die Mitgliederversammlungen vom 16. und 23. April befaßten sich neben den üblichen Vierteljahresberichten hauptsächlich mit der Stellung von Anträgen zum Verbandstag. Eine Reihe von Unterstützungsanträgen — die Anträge lagen gedruckt vor — erforderten eine lange, gründliche Aussprache. In hervorragender Weise waren es die Arbeitslosenunterstützungsanträge, die einer tiefgehenden Behandlung unterzogen wurden. Der

eine, von dem Zahlstellenvorstande hierzu gestellte, bedeutet im Grunde genommen keine Erhöhung der Tagegelber, sondern nur eine Verlängerung der Unterstützungsdauer. Decker, dem die Begründung dieses Antrags oblag, wies mit Recht darauf hin, wie ganz besonders die älteren Kollegen öfters ausgeteuert werden und begrifflicher Weise nicht wieder so leicht Stellung finden könnten. Seine diesbezüglichen Erfahrungen, die er als Kassierer gesammelt habe, hätten ihm das genügend bewiesen. Um den von Arbeitslosigkeit betroffenen Kollegen ihr Los etwas weniger hart zu gestalten, sei die Annahme des Antrags geboten. Mit den neuen Sägen der männlichen Mitglieder laufen natürlich die der weiblichen parallel. Um den seitherigen Übelstand, den unser Unterstützungsweisen in sich birgt, nach dem Mitglieder für zwischen einer Unterstützungsperiode geleisteten Beiträge keinerlei Unterstützungsrechte beanspruchen können, auszumergen, stelle der Vorstand zu § 20 den Zusatzantrag, daß die während einer Unterstützungsperiode geleisteten Beiträge für die nächste Unterstützungsperiode zählen. Nebener empfiehlt diese Anträge zur Annahme. — Dazu liegt noch ein weiterer Arbeitslosenunterstützungsantrag, von Lender gestellt, vor. Lender begründet seinen Antrag und erklärt, die Tendenzen dieser beiden Anträge seien sich ja gleich, doch sollen zwei weitere Klassen, wie der Antrag vom Vorstand es wünscht, vermieden werden, da dadurch den Unterstützungsauszahlern ihr Amt bedeutend erschwert werde.

Die folgende ausführliche Debatte, die sich den Begründungen dieser beiden Anträge angeschlossen, ließ ersehen, daß alle Anwesenden von der Notwendigkeit der Ausbaurung unserer Arbeitslosenunterstützung überzeugt waren, und wurden deshalb nach Ablehnung eines Abänderungsantrags von Karl Frey, der statt „Arbeitslosenunterstützung“ „Erwerbslosenunterstützung“ einführen wollte, beide Anträge angenommen.

Ein „Sterbegelber“antrag, ebenfalls von Lender gestellt, wurde nach längerer Debatte und nach bereits erfolgter Annahme vom Antragsteller zurückgezogen.

Ein weiterer Antrag Lender auf Gewährung von Brautausstattungsgeld wurde durch Ablehnung erledigt, dagegen ein Antrag, den Kolleginnen nach dreijähriger Mitgliedschaft bei vorkommenden Geburtsfällen eine einmalige Unterstützung von 10 Mk. zu gewähren, angenommen.

Des Ferneren sprach sich die Versammlung bei Einführung von gebiegenen Unterstützungsseinrichtungen auch für eine angemessene Erhöhung der Beiträge aus.

Eine Arbeiterinnenversammlung vom 25. April stellte weiter den Antrag auf Einführung von Krankenunterstützung für weibliche Mitglieder nach zehntägiger Karenzzeit und 25 Pf. Wochenbeitrag.

Frankfurt a. M. In unserer Generalversammlung vom 25. April gab Hirsche den Geschäftsbericht. Infolge vielfacher Streichungen ging der Mitgliederstand von 131 auf 128 zurück. Der Besuch der Versammlungen war ein solcher, daß von Vorträgen ganz abgesehen werden mußte. Trotz wichtiger Tagesordnungen fanden es die Kollegen nicht für nötig, zu erscheinen. Wirklich beschämend! Einen Passus im Lokalstatut, der mit dem 1. April in Kraft getreten ist, befaßt: Männliche Mitglieder erhalten nach 52wöchiger Beitragsleistung außer der statutengemäßen Unterstützung einen Lokalzuschuß von 50 Pf. pro Tag oder 3,50 Mk. pro Woche bis zum Höchstbetrage von 14 Mk., weibliche 30 Pf. pro Tag oder 2,10 Mk. pro Woche bis zum Höchstbetrage von 8,40 Mk.

Als Kartelldelegierter wurde Hirsche und in den Ausschuß für Volksvorlesungen Matheis wiedergewählt. Ein Familienabend, sowie einige gemeinschaftliche Spaziergänge nahmen einen befriedigenden Verlauf. Dem Kassenbericht zufolge verfügt die Lokalkasse über 162,73 Mk. Bestand. Durch den Arbeitsnachweis wurden 17 von 21 gemeldeten Stellen besetzt, während 19 von 26 sich arbeitslos meldenden Kollegen Stellung erhielten. Als Revisor wurde, da Duenfing ausscheidet, Romeis gewählt.

In der Debatte über die Anträge zum Verbandstag kam zum Ausdruck, daß vor allem das Unterstützungsweisen mehr ausgebaut werden müsse. Da vorläufig an eine Verschmelzung mit der Kranken-

lasse nicht zu denken ist, müssen wir im Verband dafür sorgen, kranken Mitgliedern etwas zu bieten; es wurde beschlossen, statt Arbeitslofen-, Erwerbslofen-Unterstützung zu setzen. Allerdings wird sich dadurch eine Erhöhung der Beiträge vielleicht auf 60 Pf. notwendig machen. Zur Arbeitslofenunterstützung wurde beantragt, dem § 20 eine Fassung zu geben, um die jetzt darin bestehende Härte auszumergen. Es soll dadurch vor allem den älteren Kollegen mehr geboten werden. Ferner soll bei Umzugskosten bis zu 60 Mk. gewährt werden. In der weiteren Aussprache wurden verschiedene Verbesserungen in unserer Presse gewünscht und Vorschläge dazu gegeben.

Leipzig. Die Versammlung vom 25. April war die Fortsetzung der Versammlung vom 15. April, in welcher beiden die Anträge zum Verbandstag beraten wurden. Einleitend bemerkte Zinke, daß die Verhandlungen in der vorigen Versammlung wegen zu schwachen Besuchs abgebrochen werden mußten, bebauerlicherweise sei aber trotz lebhafter Agitation die heutige nicht viel besser besucht, es sei dies ein Zeichen großer Interesslosigkeit der hiesigen Kollegen am Verbandsleben. Redner recapituliert kurz die Beschlüsse der vorigen Versammlung. Die in der abgelesenen Resolution enthaltenen Wünsche bezüglich der Unterstützung für weibliche Mitglieder seien vorige Woche in der Arbeiterinnenversammlung als Anträge gestellt worden. Hauptsächlich hätte man sich dort für den Ausbau der Arbeitslofenunterstützung, ferner für Wöchnerinnen- und Brautaussteuerunterstützung bei 20 Pf. Beitragshöhe entschieden. Der Antrag, für männliche Mitglieder die Beitragshöhe auf 50 Pf. festzusetzen, ist angenommen worden, ebenso der Antrag, die Arbeitslofenunterstützung zu verbessern. Letzterer ist derselbe, der auf dem Gantag in Plauen voriges Jahr gestellt wurde und da die Härten der jetzigen Bestimmungen gegenüber den älteren Mitgliedern überall empfunden werden, so sei eine Änderung der Bestimmungen auf dem Verbandstag sicher zu erwarten.

Unter den Anträgen, die die heutige Versammlung zu beschäftigen habe, wäre als erster die Gewährung von Sterbegeld oder die Hinterbliebenenunterstützung zu nennen. Es wäre bei Einführung dieser empfehlenswert, zu bestimmen, daß das Geld nicht auf einmal auszubezahlen ist, sondern dies in Wochenraten den Hinterbliebenen auszuhändigen. Allerdings seien schon in der letzten Versammlung starke Bedenken gegen diese Unterstützung geltend gemacht worden, trotzdem hoffe er aber auf Annahme dieses Antrags, da er hauptsächlich den älteren Kollegen zugute käme. Ein weiterer Antrag betreffe die Verlegung des Verbandsvorstandes und der Redaktion nach Leipzig. Da ein Berliner Antrag gestellt ist, den Sitz nach dorthin zu verlegen, sei diese Angelegenheit ernstlich zu erwägen, wiewohl er selbst nicht dafür ist, und speziell gegen die Verlegung nach Leipzig vereinsgesetzliche Bedenken geltend zu machen seien. Der letzte Antrag will eine Entschädigung für die Gauverwalter, da diese die einzigen sind, die für ihre große Müheleistungen nichts bekommen. Daß dieser Zustand unhaltbar ist, hat Leipzig längst erkannt, und bis jetzt aus eigenen Mitteln dem Gauverwalter eine Entschädigung zugebilligt. Zum Schluß seiner Ausführungen freist Redner noch kurz die Frage der Einschränkung der Delegiertenzahl auf dem Verbandstag, darauf hinweisend, daß die Beschlüsse hierzu in den 1890er Jahren gefaßt wurden, inzwischen sich aber die Mitgliederzahl verdoppelt hat, und demnach bei einer Entsendung von 70 bis 75 Delegierten der Verbandstag ziemlich teuer wird.

Inzwischen sind weitere Anträge eingegangen und zwar ein Antrag Schaible dahingehend, daß bei 50 Pf. Beitragshöhe 5 Pf. pro Mitglied und Woche zur Ansammlung eines Fonds für Invalidenunterstützung während fünf Jahren zurückgelegt und innerhalb dieser Zeit keine Unterstützung ausbezahlt werden soll. Ferner ein Antrag Narden, Altersprämien zu gewähren, dergestalt, daß ein Mitglied nach vollendetem sechzigsten Lebensjahr Unterstützung von jährlich 75 Mk. an bis zur Höhe von 250 Mk., je nach der Dauer der Mitgliedschaft, beziehen kann. Zuletzt zwei Anträge Kloth, von dem der erste will, daß im Statut § 36 Abs. 6 eingeschaltet wird: Der Ausschuß hat die Tätigkeit des Vorstandes „und der Redaktion“ zu über-

machen. Der zweite Antrag will, daß alle drei Jahre ein Verbandstag stattfindet, jedoch soll der Vorstand berechtigt sein, in ihm notwendig dünkenden Fällen denselben um ein Jahr zu verschieben.

Es wird beschlossen, jeden Antrag besonders zu behandeln. Nachdem Glaubig, Zinke und Pfütze für, Waltherr und Bibel gegen den Antrag auf Gewährung von Sterbegeldern gesprochen, wird derselbe abgelehnt. Schaible begründet seinen Antrag damit, daß man den älteren Kollegen, die nicht daran glauben, jemals die Arbeitslofenunterstützung in Anspruch zu nehmen, etwas bieten müsse, zugleich sei es aber auch ein Mittel, die jüngeren Kollegen an den Verband zu fesseln, denn niemand wisse, ob er nicht über kurz oder lang invalid würde. Narden bemerkt zu seinem Antrag, daß er bezwecke, den Kollegen, die viele Jahre gesteuert haben, im Alter einen kleinen Zuschuß zu gewähren, überdies wäre diese Unterstützung leicht einzuführen, denn sie mache keine kassentechnischen Schwierigkeiten wie die Invalidenunterstützung. Pfütze, Bibel und Schröder sprechen für den Antrag Schaible, während Krempler bei 50 Pf. Beitragshöhe denselben für undurchführbar hält, da durch die überaus notwendige Anstellung von Gaubevollmächtigten und bei dem Ausbau der Arbeitslofenunterstützung der erhöhte Beitrag vollständig aufgebraucht werde, er ersucht um Ablehnung beider Anträge. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrags Schaible; der Antrag Narden fällt. Zur Begründung des Antrags Verlegung des Verbandsvorstandes und Redaktion führt Waltherr aus, daß ihn nicht persönliche, sondern nur zweckmäßige Gründe bewegen haben, denselben zu stellen. Hier in Leipzig ist der Sitz des Tarifamtes und des Buchbinderereiverbandes, es wäre von großem Vorteil, wenn unser Verbandsvorstand auch hier am Orte wäre, denn es könnte ein viel schnelleres Arbeiten erfolgen. Überdies seien drei Viertel sämtlicher Mitglieder in Norddeutschland, während Stuttgart ganz im Winkel liegt. Ebenso erschwerend ist es mit der Zeitung, denn vielfach sind wichtige Sachen infolge der großen Entfernung nicht zur rechten Zeit hineingekommen. Schaible weist darauf hin, daß die hiesige Tarifkommission die ganzen Verhandlungen mit dem Buchbinderereiverband geführt habe, und dadurch, daß unser Verbandsvorstand in Stuttgart ist, sind die Verhandlungen sehr erschwert worden, auch hätten wir manche Konferenz sparen können, wenn der Sitz hier gewesen wäre. Pfütze ist gegen den Antrag, da ihm in vereinsgesetzlicher Hinsicht schwere Bedenken aufsteigen. Zwar begegne der Artikel in der Zeitung dem mit dem Hinweis auf den Steinarbeiterverband, aber immerhin müßten wir im Statut Ausnahmestimmungen für die Winderjährigen treffen, er hält überdies von den vorgebrachten Gründen nur die auf die Zeitung bezüglichen für berechtigt. Glaubig und Zinke schließen sich diesen Bedenken an, sie sind dann eher noch für Berlin. Kloth tritt für diesen Antrag ein, bemerkend, daß der Sitz schon früher in Leipzig war und die Verlegung erst geschah, als der kleine Belagerungszustand über Leipzig verhängt wurde. Es ließe sich gar nicht bestreiten, daß von hier aus ein reger persönlicher Verkehr des Verbandsvorstandes mit den größeren Städten Norddeutschlands, die den größten Teil der Mitglieder umfassen, unterhalten werden könnte. Auch bei Tarifverhandlungen wäre es von großem Vorteil, das jetzige Arbeiten sei umständlich und zeitraubend. Die vereinsgesetzlichen Bedenken der Vorredner kann Redner nicht teilen und verliest den behördlich genehmigten Passus aus dem Statut der Steinarbeiter, in welchem die Winderjährigen durch Beitragsleistung die Rechte des Verbandes erwerben können. — Hierauf erfolgt die Abstimmung durch „Hammelpfung“ und wird dieser Antrag mit 60 gegen 56 Stimmen angenommen.

Der Antrag Entschädigung für Gauverwalter wird nach kurzer Debatte angenommen, ebenso der zweite Antrag Kloth, den Antragsteller kurz damit begründet, daß keine Gewerkschaft ohne festen Verbandstag sei und sich die Abhaltung eines solchen spätestens alle vier Jahre als zwingende Notwendigkeit ergebe. Im weiteren kritisiert Redner die Versammlungen der Zahlstellen, denn in keiner sei von den Aufgaben des Verbandes gesprochen worden, es sei ein beschämendes Gefühl, daß nichts von den Kämpfen, die hinter uns und die vor uns

liegen, erwähnt wurde, auch nichts von anderen Fragen, sondern überall nur von Unterstützungen. Daran anschließend wird ein Antrag Schröder: in der Versammlung zu den Delegiertenwahlen als ersten Punkt der Tagesordnung zu setzen: „Die Aufgaben des Verbandes“, angenommen.

Nachdem noch Bibel um genaue Ausfüllung der Lehrlingsstatistik ersucht und Schröder aufmerksam gemacht, die Ausgelernten anzuhalten, Tarife zu kaufen, erfolgt Schluß der Versammlung.

Nun noch ein paar Worte an unsere hiesigen Kollegen. Es ist geradezu ein Skandal, daß bei einer Mitgliederzahl von über 2000 ganze 116 Personen in einer Versammlung anwesend sind, die über das Wohl und Wehe des Verbandes beraten soll. Zieht man in Betracht, wie die Funktionäre des Verbandes und des Fachvereins, ebenso die Tarifkommission, manche Woche vier Abende im Interesse der Kollegen tätig sind und deren Bemühungen dann von so minimalem Erfolg gekrönt werden, so ist es kein Wunder, wenn sich immer schwerere Leute finden, die ein derartiges Amt annehmen, abgesehen noch davon, daß das Geld für Agitation zur Versammlung tatsächlich zum Fenster hinausgeworfen ist. Währenddem sitzen die Herren Kollegen in anderen Kneipen und Kamegießern über den russisch-japanischen Krieg, oder über den Arztestreit, aber ihre eigenen Interessen zu wahren haben sie keine Zeit, nicht einmal die „Buchb.-Zta.“ lesen sie, und wenn dann der Verbandstag die Beiträge um 5 oder 10 Pf. erhöht, dann reißen sie den Mund gewaltig auf und die Vertrauensleute müssen erst jedem einen Vortrag halten, zu was das Geld verwandt wird. Jeder Kollege müßte es doch für eine einfache Antianspflicht halten, mindestens die paar großen öffentlichen Versammlungen zu besuchen, die hier sowieso spärlich angelegt werden, damit der für Leipzig unwürdige Zustand, wichtige Versammlungen wegen schwachen Besuchs abbrechen zu müssen, beseitigt wird.

Plauen. Hier selbst befinden sich gegenwärtig 150 Buchbinderien und Kartonnagegeschäfte, in denen etwa 200 bis 300 Kollegen beschäftigt sind. Von diesen sind nur 45 Mitglieder des Verbandes. Die Löhne bewegen sich zwischen 13 bis 18 Mk. Von Organisation will keiner etwas wissen. Mit großen Schwierigkeiten haben wir hier zu kämpfen. Die Vergnügungsvereinsmeierei ist hier so stark verbreitet, wie wohl selten in einer Stadt. Viele Kollegen können es nicht übers Herz bringen, manchmal mehreren solcher Klimbinvereine anzugehören. Für die Organisation sind sie daher schwer, fast überhaupt nicht zu haben. Muß man sich nun schon verwundert fragen, wie ein lediger Mensch mit solchem Lohn auskommt, so würde dies noch unverständlicher bei den Verheirateten, wenn man nicht wüßte, daß auch die Frau gezwungen ist, von früh bis spät in die Nacht hinein zu arbeiten, wobei es dann häufig vorkommt, daß eine Frau in einer Woche mehr verdient, als der Mann. Welche Auffassung hier über die Aufgaben von Arbeitervereinen herrscht, dafür folgendes Beispiel. Voriges Jahr gründete sich ein Vergnügungsverein der Buchbinder und Kartonnagearbeiter, der auch von Buchbindernmitgliedern unterstützt wurde, da man der Meinung war, dieser würde eine sogenannte Vorschule des Verbandes sein, ist es doch auch so häufig von dem Vorsitzenden des Vereins, welcher auch Verbandsmitglied war, beteuert worden. Wie nun diese „Vorschule“ ihre Aufgabe auffaßt, darüber ließ ein neuerdings erschienenenes Infexat keinen Zweifel, wurden doch demzufolge bei einem Vergnügen lebende Bilder aus den Jahren 1813 und 1870—71 aufgeführt und soll der Ueberfluß dem „Roten Kreuz“ (Südwest-Afrika) überwiesen werden. Sollte man es für möglich halten, werden sich die hiesigen Kollegen fragen, daß Kollege Radke als Vorsitzender der Vereinigung sich zu so etwas hergeben konnte? War doch gerade Radke früher ein tüchtiger Agitator für unsere Sache und Feuer und Flamme für die Organisation. Die hiesigen Verbandskollegen werden gewiß nun wissen, was sie von der Freien Vereinigung zu halten haben.

Doch einige feste Wurzeln hat der Organisationsgedanke hier bereits geschlagen, der Wunsch respektive das Bedürfnis für eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen greift immer mehr Platz, waren doch im Laufe des Quartals 23 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Kollegen, wenn ihr alle

unsere Zeitung aufmerksam verfolgt hat, so werdet ihr wissen, welche Erfolge die Kollegen in vielen Städten bei den letzten Lohnbewegungen errungen haben, wie fest und einig alle waren. Nehmt euch ein Beispiel daran. Ein jeder Arbeiter, welcher sich seiner Berufsorganisation anschließt, hilft eine Kulturarbeit fördern. Wir hoffen, daß diese hier ausgesprochene Mahnung nicht unverhallt an euch vorübergeht. Agitiere daher ein jeder dafür, daß alle Kollegen Blauens sich dem Deutschen Buchbinderverband anschließen.

Barmen. Im verfloffenen Quartal war der Besuch der Versammlungen im allgemeinen befriedigend, trotzdem er hätte besser sein können; es waren im Durchschnitt 16 Kollegen anwesend. Die Lokalkasse weist einen Bestand von 130 Mk. 93 Pf. auf. Dem Kassierer wurden pro Quartal 1 Mk. 50 Pf. als Mantelgeld bewilligt. Ein Vorschlag der Verwaltung, zum kommenden Verbandstage zu beantragen, vier besoldete Gauleiter anzustellen, verursachte eine lebhafteste Diskussion. Die Mehrzahl der Anwesenden war der Meinung, daß die Zahlstelle ganz recht daran tue, wenn sie an ihrem Standpunkt festhält, welcher in der Resolution vom 7. November vor. Jrs. zum Ausdruck gebracht ist. Es wurde beschlossen, den Vorschlag der Verwaltung dem Verbandstag als Antrag zu unterbreiten.

Krefeld. Sonntag den 17. April hielten wir unsere Generalversammlung ab, die schlecht besucht war. Den Geschäftsbericht gab Bauer, den Kassenbericht Ritters. Nach dem wurden einige Anträge, die für den Verbandstag gestellt waren, besprochen und einstimmig angenommen.

Über die Gründung eines Arbeiterssekretariats sprach Bauer. Im hiesigen Gewerkschaftskartei ist der Wunsch ausgesprochen worden, hier in Krefeld ein Arbeiterssekretariat zu gründen, woran sich dann sämtliche Gewerkschaften beteiligen sollen. Der Kostenpunkt dazu wird nicht zu hoch sein. Man habe ausgerechnet, daß der Beitrag bloß 2 Pf. pro Woche und Mitglied beträgt, was wohl jedes Mitglied zahlen kann. Nebst wies auf den großen Nutzen hin, den ein Arbeiterssekretariat für die organisierten Arbeiter Krefelds hat. Die Versammlung entschied sich einstimmig für die Gründung eines Sekretariats. Sodann gelangten Flugblätter zur Ausgabe, die in den Werkstuben verbreitet werden sollen, um die uns noch Fernstehenden für die Organisation zu interessieren; auch enthält es eine Einladung zum Besuch der öffentlichen Versammlung.

Kollegen, da in letzter Zeit die Versammlungen von einem Teile der Verbandskollegen nicht besucht werden, fordern wir dieselben auf, dieses in Zukunft zu tun, damit sie sich an Schlusse des Jahres bei Besetzung der Präsenzliste nicht zu schämen brauchen.

Essen-Nuhr. Unsere am 24. April stattgefundene Versammlung wies einen verhältnismäßig guten Besuch auf, wemgleich wir auch gern mehr Kollegen gesehen hätten. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Carisch ging hervor, daß der Vorstand auch in diesem Quartal wieder erfolgreich für unsere Zahlstelle, sowie an anderen Orten tätig war; bebauert wurde nur, daß mehrere Mitglieder in letzter Zeit den Verband arg vernachlässigten und so, anstatt dem Vorstand die Arbeit zu erleichtern, ihm dieselbe noch erschweren. Desgleichen hatte der Kassierer Hiltrop über große Flaue in der Beitragszahlung bei einigen Kollegen zu klagen. Hoffen wir, daß die betreffenden Mitglieder selbst die Übelstände abstellen helfen. Agitiere jeder, interessiere sich jeder mehr wie bisher für unsere Sache, besuch die Versammlungen pünktlich und es wird uns ein Leichtes sein, im Herbst den Tarif hier selbst einzuführen.

Erfreulich konnte Caesch vom Arbeitsnachweis berichten, der sowohl bei den Gehilfen wie bei den Prinzipalen immer populärer wird, so daß im ersten Quartal 20 Stellen vermittelt werden konnten.

Die beiden Vorsitzenden Carisch und Blawert berichteten hierauf von der Zusammenkunft in Düsseldorf, letzterer über die Beschäftigung des Gewerbenemissions, ersterer über die Verhandlungen; beide Berichte wurden beifällig aufgenommen. Da in Düsseldorf die Verlegung des Vorortes für die Agitation von Dortmund nach Essen beschlossen wurde, machte sich die Wahl einer Agitationskommission notwendig, man sah jedoch vorherhand von einer dazwischen Wahl ab und betraute den Vor-

stand der Zahlstelle mit dieser Arbeit. Anträge zum Verbandstag zu stellen, davon fahen wir ab, da solche ohnehin in nicht zu geringer Zahl jedenfalls schon gestellt worden sind, dahingegen sollen die gestellten Anträge, sobald dieselben veröffentlicht und vom Verbandsvorstand besprochen worden sind, zur Diskussion gestellt und gründlich beraten werden, damit der zu wählende Delegierte aus unserem Bezirk den Wünschen der Mitglieder auf dem Verbandstag Rechnung tragen kann.

Auf Vorschlag aus der Mitte der Versammlung, seitens unserer Zahlstelle einen Kandidaten für die Delegiertenwahl aufzustellen, wurde dieses beschlossen und Carisch einstimmig hierzu bestimmt. Es gelangte ferner ein Antrag Süß zur Annahme, laut welchem diejenigen, welche längere Zeit die Versammlungen nicht besucht haben oder mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, wöchentlich einmal besucht werden sollen, um sie an ihre Pflicht zu erinnern, ihnen die Zeitung zu bringen, die Beiträge einzufassen usw. Erfreulichweise meldeten sich sofort einige Kollegen, diese Ämter zu übernehmen und werden wir hoffentlich bald deren Tätigkeit merken können.

Nachdem noch Carisch sich über die Maßregelungen der christlich organisierten Buchbinder seitens der Prinzipale in Rewelar und ferner über die Bedeutung des achtstündigen Arbeitstags verbreitet hatte, war die Tagesordnung erschöpft.

Berlin. In unserer Generalversammlung am 25. April wurde der Geschäftsbericht zurückgestellt, um erst die Anträge zum Verbandstag zu beraten. Vorerst wurde aber der Kassenbericht entgegengenommen. Unsere Lokalkasse hat einen Bestand von 6679,34 Mk., unser Extrafonds 16626,24 Mk. Als Beisitzer zur Ortsverwaltung wurden Friederici und Herzog gewählt, in den Gauvorstand Bergmann, Schade und Lemser. Unsere zum Verbandstag gestellten Anträge sind schon durch den Bericht der kombinierten Vertrauensmännerkung bekannt. Zu dem Antrag, daß künftig auf 300 Mitglieder ein Delegierter gewählt werden kann, wurde ein Zusatzantrag gestellt: Den Delegierten können Doppelmandate übertragen werden; auch auf je 300 weibliche Mitglieder soll eine Delegiertein zu wählen sein. Die Anträge auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, sowie redaktionelle Änderung der §§ 23 und 36 wurden ohne Debatte angenommen. Über § 54 entspann sich eine lebhafteste Diskussion, doch wurde die Fassung, je 300 Mitglieder wählen einen Delegierten, angenommen; die Zusatzanträge aber abgelehnt. Der Antrag, alle drei Jahre einen Verbandstag abzuhalten, wurde abgelehnt. Ein Antrag Abfall, das Protokoll vom Verbandstag soll kostenfrei an die Mitglieder abgegeben werden, wurde abgelehnt. Ein Antrag Hanke, der besagt: Ob eine Maßregelung vorliegt, entscheidet eine Werkstubenversammlung oder eine Mitgliederversammlung, wurde ebenfalls abgelehnt.

Berlin. Eine Versammlung der Stuarbeiter beschäftigte sich in reger Diskussion mit der Stellungnahme zu einer Konferenz der Stuarbeiter Deutschlands. Kollege Lust erläuterte die Ursache der Anregung hierzu und führte aus, daß die Stuarbeiter schon vor Jahresfrist beschlossen hatten, für die Agitation unter den Stuararbeitern in den deutschen Städten etwas mehr zu tun als bisher. Da aber die hiesige Ortsverwaltung, respektive der Gauvorstand erklärte, in dieser Sache nicht kompetent zu sein, so konnte bis dato nichts unternommen werden. Da es nun den Berliner Kollegen wegen der großen Konkurrenz der kleineren Städte sehr erschwert ist, zur Verbesserung ihrer Lage etwas zu unternehmen, so kam ihnen der Antrag Eisenberg zur Abhaltung einer Konferenz sehr gelegen. Da nun aber den Eisenberger Kollegen vom Zentralvorstand nicht einmal eine Antwort zugeht, so sollten die Berliner Kollegen dies in die Hand nehmen und durchsetzen. Lust hatte sich zu diesem Zweck mit den in Betracht kommenden Zahlstellen in Verbindung gesetzt und auch von allen Antwort erhalten. Es würden somit 16 Delegierte in Betracht kommen. Wenn die Konferenz in einem Orte Mitteldeutschlands stattfinden, so würde sie hoch gerechnet ungefähr 300 Mk. kosten. Da die Konferenz für die Stuarbranche von sehr großer Bedeutung wäre, so würde der Verbandsvorstand unser Verlangen wohl nicht abweisen können. Schmidt und Bommer regten an, die Kollegen aus

Hannover, die leider im Portef.-Verb. organisiert sind, zu dieser Konferenz einzuladen, da diese doch sehr wesentlich in Betracht kommen. Brückner gab einige Andeutungen in betreff der Tagesordnung und meinte, daß die hiesige Ortsverwaltung dem Antrage, eine Konferenz der Stuararbeiter abzuhalten, sympathisch gegenüberstehe. Grün äußerte einige Bedenken in betreff der Zeit, der Tagesordnung und dem Ergebnis der Konferenz. Diese wurden jedoch von Lust, Brückner, Bommer, Schmidt und anderen widerlegt. Die Konferenz soll im Juni stattfinden, etwa mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht der Delegierten. 2. Abschaffung der Akkordarbeit, Einführung von Wochen- oder Stundenlohn. 3. Wie verhalten sich die Kollegen zur Einführung eines Minimallohnes? 4. Wie organisieren wir die fernstehenden Kollegen?

Zu Anträge zum Verbandstag äußerten sich Kollegen für den weiteren Ausbau der Arbeitslosenunterstützung und für Einführung einer Krankenunterstützung und Sterbegelder.

Hierauf berichtet Lust über die Verhandlungen, die er mit den Prinzipalen hatte, die die beschlossene durchgehende Arbeitszeit nicht gleich bewilligt haben. Hierüber entspann sich eine lebhafteste Diskussion. Der Branchenvertrauensmann wurde beauftragt, gegen genannte drei Firmen weiteres zu veranlassen. Leider konnte der vorgedachten Zeit halber das Verhalten einiger Kollegen in betreff der durchgehenden Arbeitszeit nicht besprochen werden.

Steglitz. Unsere Generalversammlung fand am 16. April statt. Zunächst gab der Vorsitzende Kolath den Vorstandsbericht. Die Zahlstelle beging am 12. März die Feier des dritten Stiftungsfestes. Leider war der Besuch trotz reger Agitation sehr mangelhaft, sogar der größte Teil der Mitglieder glänzte durch Abwesenheit. Einen erfreulichen Fortschritt haben wir durch das Steigen der Mitgliederzahl von 23 auf 30 zu verzeichnen, darunter befinden sich drei Neuaufnahmen.

Den Kassenbericht gab Böhn, der die Einnahmen und Ausgaben spezifiziert aufführt; der Bestand der Lokalkasse beträgt 47,33 Mk. Der Kassierer richtet an die Mitglieder das Ersuchen, in Zukunft die Beiträge pünktlicher abzuführen, namentlich bei Quartalsabschluss.

Den Kartellbericht gab Spließgardt. Die Hauptarbeit dieses war die Agitation zu den am Orte stattfindenden Gemeindevorteinwahlen. Außerdem wurden die Borarbeiten zur Maifeier getroffen.

Die meiste Zeit des Abends nahm die Besprechung des bevorstehenden Verbandstags in Anspruch. Kolath verlas einige Anträge der Zahlstelle Berlin, welche dem Verbandstag zur Beratung vorgelegt werden sollen, dieselben wurden mit einigen Ausnahmen von der Versammlung gutgeheißen. Hierauf stellt Gerber den Antrag:

„Daß die dem Ausschuss des Verbandes statutenmäßig festgelegten Rechte auch tatsächlich seitens des Zentralvorstandes innegehalten werden und nicht, wie es bisher der Vorstand gewöhnt war, nach eigenem Ermessen zu handeln. Es ist doch auch zur Genüge bekannt, daß der Ausschuss als höchste Instanz des Verbandes gilt.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen und dem Verbandstag schriftlich eingereicht werden. Einen zweiten Antrag, welcher die Erhöhung der Beiträge und der Arbeitslosenunterstützung betrifft, stellt Spließgardt. Der Antrag wird gegen drei Stimmen angenommen. Nach einer Unterhandlung unseres Vorsitzenden mit Vertrauensleuten der Zahlstelle Berlin ist dieselbe geneigt, uns einen Delegierten zum Verbandstag abzutreten. Kolath und Köthig werden dazu vorgeschlagen und wird Köthig in geheimer Wahl mit 10 gegen 8 Stimmen und 1 unglücklichen als Kandidat aufgestellt.

Hierauf beschäftigten uns die Zustände in der „Neuen photogr. Gesellschaft“ wieder einmal in langer Debatte. Vor nicht zu langer Zeit ist das neue Kasino (früher Kantine genannt) der Fabrik feierlich eingeweiht worden. Daraufhin erschien in der „Berliner Morgenpost“ ein Artikel, betitelt: „Wohlfahrtseinrichtung“, in dem die Wohltätigkeit der Firma so glorifiziert wird, als ob die dort beschäftigten Leute das Paradies auf Erden hätten. Sieht man sich aber die Sache bei Licht an, so bekommt man ein ganz anderes Bild. Dem Artikelschreiber ist zu raten, in dem betreffenden Betrieb einmal um Arbeit nachzufragen, vielleicht werden

ihm auch 45 Mk. Monatsgehalt, wie neulich einem jungen kräftigen Manne von 19 Jahren, angeboten, dann dürfte er anderer Ansicht werden. Wohlfahrts-einrichtungen sind ja in dem betreffenden Betrieb vorherrschend, aber nicht, wie es sein könnte, zum Wohle der Angestellten. Die Diskussion über diese Sache wollte gar kein Ende nehmen und mußte der vorgerückten Zeit halber abgebrochen werden.

Magdeburg. Am Sonnabend den 16. April fand hier eine leider nur mäßig besuchte Mitglieder-versammlung statt, in welcher wir uns mit dem bevorstehenden Verbandstag beschäftigten. Einleitend hierzu besprach der Vorsitzende kurz die Anträge, welche dem 1900 stattgefundenen Verbandstag vorgelegen haben, und die, welche den bevorstehenden voraussichtlich beschäftigten werden, und bittet um rege Diskussion. In derselben plaidierte Mancke für Abhaltung der Verbandstage in periodischen Zwischenräumen von drei Jahren und für Einführung einer Krankenunterstützung. Letztere begründet er folgendermaßen: Man müsse die Kollegen, welche nicht in den Genuss einer Arbeitslosenunterstützung kommen und welche zum Teil auch noch nicht die Aufgaben des Verbandes begriffen haben, durch Einführung einer derartigen Unterstützung zu fesseln suchen. Auch könnten mit Hilfe dieser Unterstützung viele neue Mitglieder gewonnen werden. Selbstverständlich müsse bei Einführung einer derartigen Unterstützung eine entsprechende Erhöhung des Beitrags erfolgen. Viele Kollegen, die keine Gelegenheit haben, sich doppelt zu versichern, könnten sich im Krankheitsfall infolge der niedrigen Unterstützung nicht die Pflege angeeignen lassen, welche die Krankheit erfordert; auf die Zentralkrankenkasse hätten wir keine Rücksicht zu nehmen. Albert erklärt sich zunächst gegen eine vorherige Terminfestlegung der Verbandstage; der jetzige Zustand könne bestehen bleiben. Sodann wendet er sich in scharfen Worten gegen die vorherrschende Strömung nach neuen Unterstützungseinrichtungen, sowie gegen einzelne in den Artikeln der „Buchb.-Ztg.“, „Unsere Unterstützungseinrichtungen“, niedergelegten Ansichten. Wir seien schon soweit, daß dort einer Beihilfe zur Aussteuer das Wort geredet werden könne. Auch eine Hinterbliebenenunterstützung respektive Sterbegeld sei zu verwerfen, da durch den Tod eines Mitglieds alle Verpflichtungen unsererseits für das selbe aufgehoben würden. Auch sei es nicht ausgeschlossen, daß diese Unterstützung Leuten zugute kommen könnte, welche unseren Bestrebungen direkten Widerstand entgegensetzen. Unverständlich sei es, wie betreffs der Invalidenunterstützung von einem Pflichtteil der alten Mitglieder geredet werden könne. Es müsse entschieden Stellung dagegen genommen werden, daß die Gewerkschaft als eine Kasse angesehen werde, aus welcher man nur herausholen könne. Ein Ausbau der bestehenden Unterstützungen sei wünschenswert und würde vollkommen genügen. Schubert wendet sich gegen Alberts Ausführungen. Eine Gewerkschaft könnte heute nicht mehr nur Kampforganisation sein. Auf diesem Wege würden wir nicht weiter kommen. Dieses werde auch von anderen Gewerkschaften immer mehr und mehr eingesehen. Man solle sich aber vorläufig mit dem Ausbau der bestehenden Unterstützungen begnügen durch Beseitigung der namentlich bei der Arbeitslosenunterstützung herrschenden Ungerechtigkeiten. Unbedingt müßten die zwischen Arbeitslosigkeit gesteuerten Beiträge mitgezählt werden. Auch die Anzugsunterstützung müßte erweitert werden; doch sollte man Vorschläge zu machen dem Verbandsvorstand überlassen. Herzberg bekämpft ebenfalls die Ansichten Alberts. Er meint, wenn alle Kollegen so ideal veranlagt wären, so wäre der Standpunkt Alberts gerechtfertigt. Dies sei jedoch leider nicht der Fall. Krankenunterstützung sei unnötig, denn es sei einem jeden Gelegenheit geboten, sich doppelt zu versichern. Man solle keine neuen Unterstützungen einführen, welche für uns nicht tauglich sind, auch dürften wir nicht vergessen, daß wir eine Kampforganisation sind. Des weiteren tritt Redner ebenfalls für Ausbau der bestehenden Unterstützungseinrichtungen ein. Mit Hilfe derselben würden wir auch vorwärts kommen.

Zwischen sind zwei Anträge eingegangen, deren erster verlangt, der Verbandsvorstand solle auf Grund statistischer Erhebungen die Bühne der Mitglieder in ganz Deutschland zusammenstellen, um

danach zu ermeßen, ob die Mitglieder einen höheren Beitrag zahlen können, ferner soll die Wirkung der beantragten Unterstützungen auf die Verbandskasse ziffernmäßig dargestellt werden. Zur Begründung dieses Antrags führt Albert aus: Ehe wir zur Schaffung irgend welcher neuen Unterstützungen schreiten, müssen wir erst wissen, ob die Kollegen in Deutschland fähig sind, diese durch die Revolution in unserem Unterstützungsweisen zu erwartenden höheren Beiträge zu leisten. Der Verbandsvorstand solle uns erst nachweisen, ob dann noch Mittel für Streiks usw. übrig bleiben. Zum zweiten Antrag, der die Einführung eines Staffelbeitrags fordert, bemerkt Redner, es sei erfreulich, daß sich die Meinung des Verbandsvorstandes in dieser Frage geändert haben. Sodann trat Redner unter Hinweis auf die Ergebnisse der „statistischen Erhebungen“ für den Staffelbeitrag ein. Da der Verbandsvorstand jetzt die Einführung eines solchen für möglich halte, so solle man diesen Antrag annehmen. In der Diskussion über diese Anträge sprachen sich G. Herrmann und Herzberg für beide Anträge aus, während Schubert und Meier nur ersteren beifügten und entschieden gegen den zweiten Antrag Stellung nahmen. Die nach längerer Diskussion vorgenommene Abstimmung ergab einstimmige Annahme des ersten Antrags. Der auf den Staffelbeitrag bezugnehmende Antrag wurde mit 24 gegen 16 Stimmen ebenfalls angenommen.

Zu einem weiteren Antrag, der besagt, daß der Verbandsvorstand mehr für Bildungszwecke tun soll, erklärt Albert, daß sich eine Begründung desselben erübrige. Man brauche sich nur unsere erbärmlichen Schulverhältnisse zu vergegenwärtigen, dann werde man von der Berechtigung des Antrags überzeugt sein. Dieser Antrag wurde ohne weitere Diskussion einstimmig angenommen.

Sodann besprach Albert die Beschlüsse des Verbandstags der Portefeuilier. Eine aus der Mitte der Versammlung gestellte Anfrage, aus welchem Grunde die Kollegen der Firma G. Baunsch jun. den Versammlungen mit einzelnen Ausnahmen stets fern bleiben, wurde vom Vorsitzenden dahingehend beantwortet, daß seitens des Vorstandes alles aufgegeben werde, um diese Kollegen für die Versammlungen zu interessieren. Die Bemühungen seien jedoch, wie der heutige Abend zeige, gänzlich vergebens. Öffentlich sorgen die betreffenden Kollegen dafür, daß sich derartige Anfragen nicht wiederholen.

Bundschau.

* Den christlichen Buchbindern in Revelaer scheint doch das Vorgehen des apostolischen Verlags Huhon & Becker gegen ihre neugegründete Organisation nicht zu behagen. In einer Zuschrift an die „Westf. Arb.-Ztg.“, Organ der katholischen Arbeitervereine, klagt jemand also sein Leid:

„Die letztere Firma (Huhon & Becker) hat bereits früher einem Arbeiter, welcher dem christlichen Buchbinderverband beigetreten war, ein vor Jahren entliehenes Kapital für sein Haus gekündigt. Ein anderer Arbeiter ist entlassen worden und noch weitere Entlassungen sollen bevorstehen. Die organisierten Arbeiter, welche sich um das Vorwärtkommen der Organisation bemühen, können, seitdem sie der Gewerkschaft angehören, bei der Firma nichts mehr recht machen. Die Arbeiter, welche lange Jahre bereits bei der Firma beschäftigt sind und gute Arbeiten liefern, können aber nicht begreifen, daß dies jetzt plötzlich anders geworden sein soll, seitdem sie in der Gewerkschaft sind. Die Firma Huhon & Becker soll sich ein Beispiel nehmen an Herrn Otto in Krefeld, bei dem sie ihre Druckerei herstellten läßt. Es ist doch ein ganz grenzenloser Widerspruch, daß Herr Otto in anerkannter Weise die Tarifbewegung im Buchdruckergewerbe gemeinsam mit den organisierten Arbeitern fördert, während die Firma Huhon & Becker „nicht gern sieht“, daß sich ihre Arbeiter in einer christlichen Gewerkschaft organisieren. Ich betone dabei ausdrücklich, daß die Arbeiter keinerlei Forderungen gestellt haben und auch nicht beabsichtigen, welche zu stellen; sie wollen vielmehr das bisherige gute Verhältnis gern weiter beibehalten. Die Erregung, die jetzt hier in der Arbeiterschaft herrscht, rührt lediglich daher, weil man ihnen das Koalitionsrecht unmöglich machen will; insbesondere auch, daß man die christlich organisierten als Sozialdemokraten verschreit. Was daraus werden wird, ist noch nicht abzusehen.“

Was daraus werden wird? Die ängstlichen, demütigen Arbeiter treibt die Firma mit ihrer

Schikanie aus der neuen Organisation, die mutigen und aufrechten aber in unseren Verband, in dem sie eine Stätte zur wirklichen Vertretung ihrer Arbeiter- und Berufsinteressen finden.

* Die Ortskrankenkasse der Buchbinder in Berlin hat ihren Jahresbericht für 1903 veröffentlicht, der wieder beweist, mit welcher großen Schwermertigkeit die Krankenkassen zu kämpfen haben. Die Mitgliederzahl ist zwar wieder gestiegen, da im Anfang des Jahres 13 166, am Schlusse dagegen 14 049 Mitglieder gezählt wurden, wovon 48,6 Prozent männlich und 51,4 Prozent weiblich waren.

Die Anforderungen, welche an die Kasse gestellt wurden, waren aber dem Wachstum der Mitgliederzahl gegenüber bedeutend höhere. Die Ausgaben betragen abzüglich des Postens für Kapitalanlagen und zurückgezahltes Darlehen 333 555,63 Mk., eine Mehrausgabe von 74 661,13 Mk. gegen das Vorjahr, wovon für gezahlte Krankenunterstützung an die Mitglieder allein eine Mehrausgabe von 42 380,95 Mk. kommt.

Die Mehreinnahme an Beiträgen betrug jedoch nur 37 140,04 Mk., so daß 20 000 Mk. dem Reservefonds entnommen werden mußten.

Zur Anmeldung gelangten 4668 Erkrankungsfälle, wovon 1732 männliche und 2936 weibliche Mitglieder betroffen wurden. Die Krankentage betragen 115 155, wovon 40 043 auf männliche und 75 112 auf weibliche Mitglieder kamen. Krankentage entfielen 10 924 auf männliche und 11 248 auf weibliche Personen. Die hauptsächlichsten Krankheiten waren bei den männlichen Mitgliedern Lungenkrankheiten 379, Magen- und Darmleiden 130, Rheuma 191, Verletzungen und Entzündungen 288, Nervenleiden 111 Fälle. Bei den weiblichen Lungenleiden 536, Halsleiden 154, Blutarmut 500, Magen- und Darmleiden 259, Rheuma 180, Verletzungen und Entzündungen 230, Nervenleiden 129, Abortus 111 und Unterleibsleiden 257 Fälle.

An Wöchnerinnenunterstützung wurden 14 082,96 Mk. gezahlt. Gestorben sind 64 männliche und 43 weibliche Mitglieder, ferner 13 Frauen von Mitgliedern, wofür insgesamt ein Sterbegeld von 8780,80 Mk. gezahlt wurde. Die Anmeldungen betragen 18 248, die Abmeldungen 17 498 Fälle. Der Reservefonds beträgt nach dem Kurswert 182 916,82 Mk., er müßte betragen 247 626,96 Mk., mithin fehlen noch rund 65 000 Mk.

Da jedoch die Beiträge bedeutend erhöht wurden im Laufe dieses Jahres, so ist zu erwarten, daß die Kasse nunmehr besser prosperieren wird.

* Daß die Kenntnisse in der Buchbinderei zur Falschmünzerei verwendet werden können, dürfte nicht allgemein bekannt, jedoch auch nicht zur Nachahmung empfehlenswert sein. Über einen genialen Schwabenreich eines Apostelklosters weiß der „Schwäb. Merkur“ dieses zu berichten.

Das Schwurgericht in Ulm verurteilte den Buchbinder Josef H. aus Reckbergaußen wegen Münzverbrechens zu sieben Monaten Gefängnis. H. preßte auf Goldpapier die Vorder- und Rückseite eines Zehnmarkstückes, so daß die Brägung erhaben hervortrat, und klebte die ausgeschnittenen Scheiben auf die Vorder- und Rückseite eines Fünfzigpfennigstückes und von vier zuvor glatt gefelsten Zweifpfennigstückchen, so daß die Stücke nach Bronzierung des Landes echten Zehnmarkstückchen nicht unähnlich waren. Diese Stücke verausgabte er in Göttingen, und es gelang ihm auch die Leute zu täuschen. Nur beim letzten Versuch wurde das Goldstück als gefälscht erkannt. H. lebte in dürftigen Verhältnissen und wollte diese durch das beschriebene Manöver günstiger gestalten.

* Der selbständig arbeitende Buchbinderlehrling, der neulich von einem Herrn Mischler aus Ingolstadt gesucht wurde, sollte ein selbständig arbeitender Gehilfe sein. In einer Zuschrift der „Münchener Neuesten Nachrichten“ an uns werden wir darauf hingewiesen, daß der Sachsehlereusel aus einem Gehilfen einen Lehrling gemacht hat, was durch die beigelegte Karte des Herrn Mischler glaubwürdig bewiesen wird, der darauf groß und deutlich „einen Buchbindergehilfen, der selbständig arbeiten kann“, ver-

langt. Wir nehmen davon an dieser Stelle Notiz und bedauern, Herrn Nischler mit unserer Notiz in Nr. 17 unrecht getan zu haben; unsere Schuld war das jedoch nicht. Da es unter den Buchbindermeistern komische Käuze gibt, fehlte dem Inzerat nicht alle Glaubwürdigkeit. Herr N. muß sich daher mit den „M. N.“ dieserhalb auseinandersetzen, wo der Druckfehlerkollid in der Salvatorzeit solche Purzelbäume schlägt.

* Eine Warnung vor ausländischen Stellenangeboten lesen wir im „Journal für Buchbindereien“. Der Einsender der diesbezüglichen Notiz erzählt, daß ein Herr D. Mieske aus Paris für eine große Pariser Buchhandlung eine erste Kraft als Kunstbuchbinder und dito Albumarbeiter suchte. Auf ein Bewerbungsschreiben des Einsenders ging Herr M. ein, ersuchte aber um die Zusendung eines Musterbandes, um den der Direktion vorlegen zu können. Zwei daraufhin eingefandte künstlerische Bucheinbände mit Handvergoldung bekam der Einsender trotz wiederholter Reklamationen nicht retour, endlich erst durch Hilfe des deutschen Konsulats in Paris. Darauf schrieb dieser Herr M., daß er nun, wegen dem Schreiben des Stellenbewerbers an das Konsulat, die Engagementsofferte zurückziehe und die Musterbände gegen 15 Fr. Nachnahme zurücksenden werde. Nach einem Vierteljahr kam der Betreffende nach erheblichen Unkosten wieder in den Besitz seines Eigentums. Unsere Kollegen seien durch diesen Fall gewarnt, damit sie nicht auf solche Spitzbübereien hineinfallen.

* Die Ansichtspostkarte erfreut sich immer weiterer Verbreitung, demzufolge ist die Nachfrage eine gesteigerte, was unsere Industrie, die Luxuspapierfabrikation, nicht unwesentlich günstig beeinflusst. Der kürzlich erschienene Jahresbericht der Berliner Handelskammer sagt darüber:

„Der Verbrauch an Ansichtspostkarten ist im Berichtsjahre wiederum sehr gewachsen, da die Sitte, Ansichtspostkarten zu versenden, auch in England und Amerika immer mehr in Aufnahme gekommen ist. Die Preise sind aber infolge der sich täglich steigenden Konkurrenz weiter zurückgegangen. Dagegen sind die Anforderungen an die Qualität der Ware, insbesondere an die künstlerische und technische Ausführung wesentlich in die Höhe gegangen. Es zeigt sich, daß die Ansichtspostkarte einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Geschmacksbildung des Volkes gewonnen hat, so daß Bedürfnis, welche nicht auf der Höhe stehen, schwer Abnehmer finden.“

Auf diesem Gebiet macht die phototechnische Industrie der chromolithographischen fühlbaren Wettbewerb, da sie unter günstigeren Bedingungen insofern arbeitet, als die Anfertigung der Druckplatten mit weniger Kosten verknüpft ist und auch kleinere Auflagen mit Nutzen hergestellt werden können.

Der Absatz von Gratulationskarten, die früher einen Hauptartikel der Branche bildeten, verminderte sich stetig infolge der Verbreitung der Ansichtspostkarten, so daß es kaum noch lohnt, größere Kollektionen auf den Markt zu bringen.“

* Eine Art schwarze Liste setzt der Verband selbständiger Buchbinder Württembergs in Umlauf. Der Verband hat einen Arbeitsnachweis in Göppingen, dessen Frequenz zwar nicht sehr groß ist; er vermittelte innerhalb 4 Monaten 39 Stellen. Der Arbeitsnachweisleiter, ein Herr Stoz, klagt nun darüber, daß verschiedene Herren Gehilfen, die durch ihn Arbeit nachgewiesen erhielten, diese Stellen nicht annahmen, wodurch ihm viele unnütze Mühe und Arbeit und dem Verband Unkosten entständen. Deshalb habe er eine Liste dieser jungen Herren angefertigt, die er von Zeit zu Zeit vervielfältigen und den Verbandsmitgliedern zusenden werde.

Wenn unsere Kollegen die vermittelte Stelle nicht annehmen, so haben sie gewiß ihre triftigen Gründe dafür, bezahlen doch viele der Herren Buchbindermeister in den kleinen Orten Württembergs so miserabel, daß die Gehilfen sehr unangenehm enttäuscht sind, wenn sie beim Stellenantritt den Lohn erfahren. Unsere Kollegen werden auf jeden Fall gut tun, wenn sie den Arbeitsnachweis des Herrn Stoz gänzlich meiden und sich des städtischen Arbeitsamtes in Stuttgart zur Arbeitsvermittlung bedienen.

* Unser Kollege Reichstagsabgeordneter Buchwald=Altenburg, dessen Wahl von der Wahlprüfungskommission für ungültig erklärt wurde, unterlag in der Nachwahl seinem Gegenkandidat vom Bunde der Landwirte.

Briefkasten.

D. Sch. in A. Mir war Ihr Antrag nicht bekannt. Th. L. in L. Der Betrag für das Inzerat wurde mit der letzten Abrechnung eingefandt, die am 25./4. hier einging; das war mir nicht bekannt.

D. F., Hoch-Island. Brief erhalten, Dank und Gruß.

R. W. in W. Ich habe Ihnen 14 Zeitungen geschickt, die gehen in zwei Kreuzbändern; somit ist das eine nicht angekommen.

E. G. in D. Müste noch im letzten Augenblick zurückgestellt werden für nächste Nummer.

Zurückgestellt: Korrespondenz Lübeck und München.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der Gauverbollmächtigten.

Gau I. Hugo Lemser, Berlin N., Sparrstr. 5 IV, Vertrauensmann für Kottbus: Corn. Caspers, Mühlenstraße 19.

Gau X. Ditto Hense, Ebersfeld, Luisenstr. 78 III.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Kassel: A. Glauser, Senlestraße 4 p.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungsauszahler.

Aachen. Z. L. Krieger, Ruolffstraße 66; von 12—1 und 7—8 Uhr.

Breslau. Z. P. Roß, Borwerkstraße 49 IV; von 1/2 8 bis 1/2 9 Uhr, Sonntags von 1/2 11—1/2 12 Uhr. L. U. M. 16 Nr. Az. 10 St.

Chemnitz: Emil Schreier, Jahnstraße 41 II I.

Selbstentwurf. Z. M. Müller, Kronprinzenstr. 28 III; von 12/1—1/2 u. 7/1—8/1 Uhr, Sonntags von 12/1 bis 2 Uhr. M. 20 Nr. Az. 9 St.

Abrechnungen

vom 1. Quartal 1904 sind vom 27. April bis 3. Mai bei der Verbandskasse eingegangen: Von Altenburg mit — M., Augsburg 50 M., Bielefeld 231,57 M., Breslau 300 M., Dessau 75 M., Dortmund 100 M., Essen 100 M., Frankfurt a. M. 380,84 M., Freiburg 60 M., Fürth 126,10 M., Gotha 50 M., Hamburg 35,81 M., Hannover 1250 M., Karlsruhe 130 M., Kiel 52,89 M., Lüdenscheid 39,76 M., Mainz 40 M., Mannheim-Ludwigshafen 50 M., Neu-Ruppin — M., Pforzheim 73,35 M., Gau I — M. und vom Gau 7 mit 39,28 M.

Noch nicht abgerechnet haben: Aachen, Apo'da, Brandenburg, Finsterwalde, Heilbronn, Luckenwalde, Magdeburg, Saalfeld, Schleiz, Gau 3, 5, 10 und 14. E. Paucisen.

Achtung! Westfalen. Achtung!

Der Sitz des Agitationskomitees ist nach Essen verlegt worden und soll jetzt tatkräftig gearbeitet werden. In allen in Betracht kommenden Orten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets sollen Zusammenkünfte, Besprechungen oder Versammlungen veranstaltet und schriftliche Agitation betrieben werden; dabei rechnen wir auf die tätige Mithilfe der Einzelmitglieder und der Zahlstellen.

Die Kollegen, welche für ihren Ort eine Besprechung oder Versammlung abhalten wollen, wenden sich unverzüglich an Unterzeichneten, der sofort alles Nötige veranlaßt. Ferner wollen unsere Mitglieder alle erreichbaren Adressen zusammenstellen, damit planmäßig gearbeitet werden kann.

Zur Unterstützung der Einzelmitglieder stellen wir denselben vorläufig unseren Arbeitsnachweis kostenlos zur Verfügung und bitten, unseren Arbeitsnachweisleiter Rob. Laesch, Essen-Ruhr, Rheinischestraße 8 (Fernsprecher Nr. 560), sofort Mitteilung von offenen Stellen zu machen; ferner die Prinzipale zu veranlassen, sich des Arbeitsnachweises zu bedienen und schließlich sich selbst bei eintretender Arbeitslosigkeit sofort zu melden. Auch sonst werden wir alle in der Agitation Tätigen in jeder Weise unterstützen.

Und nun frisch ans Werk! Wenn wir bedenken, wieviel Arbeit uns noch bevorsteht, die, wenn wir nur wollen, uns schöne Früchte bringen wird, dann

darf keiner zurückbleiben. Jeder muß Agitator sein; jeder muß seine Mitarbeiter oder ihm sonst bekannte Kollegen über unsere Zwecke und Ziele aufklären und bald wird unser Verband für die Kollegen in Westfalen ein mächtiger Faktor sein. Alle Zuschriften, Anmeldungen usw. lasse man an Unterzeichneten gelangen. Agitationsmaterial, Aufnahmescheine usw. stehen zur Verfügung.

Für die Zahlstelle Essen-Ruhr:

E. F. Carstch,
Grabenstraße 3 (Fernsprecher Nr. 1997).

An die Mitglieder des Gaues I.

In der am 25. April stattgefundenen Generalversammlung der Zahlstelle Berlin wurde die Neuwahl des Gauvorstandes vorgenommen. Es wurden gewählt Albert Bergmann, Hugo Lemser, Paul Schabe.

Wir machen die Vorstände der Zahlstellen, sowie alle Einzelmitglieder im Gau darauf aufmerksam, daß alle Zuschriften, die Agitation betreffend, an Alb. Bergmann, Berlin SO., Engel-Ufer 15 II; dagegen alle Gelbendungen usw. an Hugo Lemser, Berlin N., Sparrstr. 5 IV, zu richten sind.

Des Weiteren ersuchen wir alle diejenigen Mitglieder, welche im Besitz von Adressen ihnen bekannter Kollegen sind, die in Orten arbeiten, wo wir noch keine Verbindungen haben, uns dieselben recht bald mitteilen zu wollen. Ganz besonders ersuchen wir um Angabe von Adressen von den in Potsdam und in Spandau zahlreich beschäftigten Kollegen.

Wir erwarten von allen Mitgliedern, denen solche Adressen zur Verfügung stehen, daß sie sich der kleinen Mühe nicht entziehen werden. Wenn alle Kollegen uns in dieser Weise unterstützen, wird es bald möglich sein, die dem Verband noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen zu organisieren. Darum tue ein jeder seine Pflicht!

Mit kollegialem Gruß

Der Gauvorstand.

F. A.: Alb. Bergmann,
Berlin SO., Engel-Ufer 15 II

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Stuttgart.

Donnerstag den 12. Mai („Himmelfahrt“)

Frühhausflug mit Musik nach der Solitude.

Abgang morgens 1/2 7 Uhr am Feuersee. Wir ersuchen um zahlreichste Beteiligung.

304] **Der Vorstand.**

Die nächste Versammlung findet am [1.60] **Samstag den 16. Mai**

statt. **D. D.**

Leipzig. Restaurant Gutenberg, Johannis-gasse 10/21.

Empfehle meine neuerrauten Lokalitäten mit Saal und Gesellschaftszimmer werten Vereinen u. Gesellschaften zur gefälligen Benutzung. Speisen und Getränke in bekannter Güte. 305] [1.00 **J. Rohm.**

Müllers Restaurant u. Café

Zuhaber: **Otto Müller, Mückern b. L., Kirchweg 32, Gr. Strassenbahn-Linie Mückern-Sonnowitz.**

Empfehle allen Kollegen meine Lokalitäten bei eventuellen Gelegenheiten zur gefälligen Benutzung.

Gleichzeitig mache ich auf die in Nr. 51 1902 der „Buchbinderzeitung“ besprochene **Welfspielliste** aufmerksam. Dieselbe ist zu beziehen durch **Emil R. Lotz**, Leipzig, Bayerischestraße 81, und **Emil Pfüge**, Leipzig, Sellenbauern, Eisenbahnstraße 150 III. 306] [1.40 **Fernsprecher 7945. Mit Gruß O. Müller.**

L. Fliühr, Stuttgart,

307] **Notenbüchstr. 14, [1.60**

empfiehlt sein reichhaltiges Lager federleichter, sowie wetterfester **Filzhüte, Hochzeitshüte** von 4 M. an.

Neueste Moden Strohhüte in allen Preislagen.

Druck von J. S. W. Dieck Nachf. (G. m. b. H.) in Stuttgart.